

1. REFERATE

1.1 EFFIZIENZ ODER SOLIDARITÄT - FÜR WELCHE GESELLSCHAFT ARBEITEN WIR?

Vortrag: **Matthias Möhring-Hesse**, Nell-Breuning-Institut, Frankfurt a.M.

1. Auf der Suche nach einer Frage

Mit der Überschrift stellten Sie mir die Frage: Effizienz oder Solidarität? Aber vor welche Alternative stellen Sie mich da? Zwischen was soll ich mich entscheiden?

»Effizienz« und »Solidarität« - ein seltsames Begriffspaar.

- »Effizienz« = Wirkungsgrad
Beurteilungskriterium von Handlungen, genauer für den Mitteleinsatz bei Handlungen.
In der Wirtschaftstheorie bezeichnet Effizienz einen Zustand, in dem die Produktion bzw. die Wohlfahrt der Gesellschaft nicht mehr erhöht werden kann. Der Zustand gilt dann als effizient, wenn keiner der beteiligten Akteure besser gestellt werden kann, ohne einen anderen schlechter zu stellen (Pareto-Effizienz). Es fällt aber schwer, diesen Maßstab an reale Wirtschaftssysteme oder mögliche Entwicklungspfade einer Volkswirtschaft mit Millionen von beteiligten Akteuren zu legen. Deswegen wird - je nach Untersuchungsgegenstand - die Effizienz der Mittelwahl häufig mit einfachen Indikatoren bemessen, etwa die Effizienz des Finanzsystems an der Höhe der Rendite oder die Effizienz eines Unternehmens an der Höhe seines Gewinns.
- »Solidarität« dagegen ist kein Beurteilungskriterium für einen Sachverhalt, sondern bezeichnet selbst einen Sachverhalt, nämlich eine bestimmte Form von sozialen Beziehungen.
- Solidarisch ist eine Beziehung zwischen Personen, die sich auf Grund irgendwelcher Ähnlich- oder Gemeinsamkeiten als *gleich* entdeckt haben.
- Solidarität zwischen Gleichen ist aber notwendig, um ihre *Ungleichheit* auszugleichen. Indem sie untereinander solidarisch sind, überspringen Menschen ihre Interessensunterschiede und gehen gemeinsame Interessen gemeinsam an. Dabei werden diejenigen besonders gefordert, denen es im Augenblick besser geht, werden also bestehende Ungleichheiten im Interesse einer gemeinsamen Sache ausgeglichen. In diesem Sinne ist Solidarität *Verbundenheit trotz Differenz*.
- Zwischen Gebern und Nehmern nährt sich die Solidarität aus einer *Reziprozität*, die allerdings auch über lange Zeit latent bleiben kann.

Ansprüche untereinander resultieren nämlich aus der gemeinsamen Sache, zu der auch die beizutragen haben, die - etwa auf Grund größerer Beeinträchtigung - die Unterstützung anderer beanspruchen (können). Solidarität funktioniert also weder nach dem Äquivalenz- noch nach dem Tauschprinzip: Solidaritätsansprüche erwachsen weder aus zuvor »eingezahlten« Leistungen noch aus vertraglich geregelten Absprachen. Solidaritätsansprüche begründen sich viel mehr aus der gemeinsamen Sache und bestehen aus den spezifischen »Talenten«, die einzelne zur gemeinsamen Sache beitragen können. Allerdings eine Aufweichung dieser Reziprozitätsbeziehung: Wir nennen nämlich »solidarisch« auch solche Beziehung, in der die Gleichheit zwischen den beteiligten Personen erst nur antizipiert wird, und die deshalb zur Herstellung von Gleichheit überwunden werden sollen. Wie im Gleichnis vom Samariter wird dazu häufig auch auf Reziprozität der solidarischen Unterstützung verzichtet (Abgrenzung zur »Nächstenliebe«?).

- Solidarität ist schließlich eine prinzipiell *freiwillige* Beziehung, beruht auf der freien Entscheidung der einzelnen, andere als gleich anzuerkennen und sich ihrer Solidargemeinschaft einzuordnen. Lassen sie sich aber freiwillig auf bestimmte Solidaritäten ein, nehmen sie Verbindlichkeiten an, die ihre Handlungskompetenzen erweitern, ihre Freiheiten aber auch einschränken: Als Mitglied einer Solidargemeinschaft haben sie nicht nur Rechte, die sie gegenüber anderen zu eigenen Gunsten einlösen können; es bestehen auch Ansprüche, die die anderen stellen, und die sie erfüllen *müssen*.
- Solidarische Beziehungen können hinsichtlich ihrer Effizienz beurteilt werden, ob und mit welchem Wirkungsgrad die beteiligten Akteure durch den solidarischen Ausgleich von Leistungen ihre gemeinsamen Ziele erreichen.

Weil ihre Bedeutungen auf recht unterschiedlichen Ebenen liegen, kann also zwischen »Effizienz« und »Solidarität« kein Widerspruch liegen. So wenig man sich sinnvollerweise zwischen einem Mohnbrötchen und der Außenfeuchtigkeit entscheiden kann, so wenig wird man sich daher zwischen »Effizienz« und »Solidarität« entscheiden können, deswegen wohl auch nicht müssen.

Aber denken wir weiter über die mir gestellte Frage nach. Tatsächlich haben wir unterschiedliche Assoziationen, wenn wir die Begriffe »Solidarität« und »Effizienz« hören:

- Bei »Effizienz« denken wir bestimmt an den Markt - an das Steuerungsinstrument, dem moderne Gesellschaften weitgehend die Produktion und Verteilung der notwendigen Güter und Dienstleistungen überstellt haben. Und dies in der Aussicht, daß durch die Marktsteuerung Produktion und Verteilung der Güter und Dienstleistungen effizientest organisiert werden können.
- Und bei »Solidarität« denken wir dagegen eher an Gemeinschaften oder an die Gesellschaft, innerhalb denen Solidaritäten bestehen. Zwar ist Solidarität nicht die einzige Form sozialer Beziehungen, jedoch für moderne Gesellschaften eine besonders typische - und vermutlich auch eine notwendige. Die verschiedenen Verbundenheiten von Gleichen, die trotz Differenzen ihre gemeinsamen Interessen gemeinsam verfolgen, begleiten die Entwicklung aller modernen Gesellschaften und hat deren Gestalt wesentlich prägen können.

Über diese Assoziationen stehen sich nun zwei opponierende Sachverhalte gegenüber: Mit dem auf den Märkten vollzogenen Tausch und der innerhalb von Gesellschaften vollzogenen Solidarität werden zwei unterschiedliche Formen von sozialen Beziehungen bezeichnet. Gemeinsam ist diesen beiden Formen von Beziehungen, daß sie auf Gegenseitigkeit beruhen. Jedoch wird diese Gegenseitigkeit unterschiedlich hergestellt:

- Im Tausch: Beziehung zwischen Parteien, die durch ihre unterschiedlichen Beiträge willentlich nur ihre eigenen Interessen realisieren und sich für die Interessen der jeweils anderen nicht interessieren;
- Solidarität: Beziehung zwischen Personen, die willentlich durch ihre unterschiedlichen Beiträge gemeinsame Interessen verfolgen, die Gemeinsamkeit ihrer Interessen jedoch erst über Prozesse der Verständigung herstellen müssen.

Lädt uns also der Veranstalter ein, uns für die Zukunft zu entscheiden: entweder für den Markt oder für Solidarität?

So gestellt, ist die Frage offenkundig überzogen. Kein vernünftiger Mensch sucht heutzutage eine Wirtschaft auszudenken, in der die Produktion und Verteilung von Gütern und Dienstleistungen über den gemeinsamen Willen der beteiligten Akteure organisiert wird. Offenkundig sind die Anforderungen von Produktion und Verteilung in modernen Gesellschaften zu komplex, als daß sie über Absprachen und Vereinbarungen bewältigt werden könnten. Dagegen erweist sich der Markt als »anonymes Steuerungsinstrument« diesen Anforderungen angemessen. Dabei beruht die Rationalität von Märkten weniger auf ihrer Funktion als Allokationsmechanismus, da Märkte - etwa wegen ökologischer und anderer externer Umstände oder auch der Existenz von öffentlichen Gütern usw. - nicht generell zu korrekten Preisen und damit auch nicht zu effizienten Allokationsformen führen. Unschlagbar scheinen Märkte allerdings als Disziplinierungsmechanismus, der Fehlentscheidungen von einzelwirtschaftlichen Akteuren, die untereinander in Konkurrenz stehen, sanktioniert und sie auf diesem Weg zu einem effizienten Einsatz ihrer verfügbaren Ressourcen zwingt. Was also für Märkte spricht, ist deren eingebauter Zwang zu einem wirtschaftlichen Einsatz der gesellschaftlich vorhandenen Produktionsfaktoren, mithin deren Effizienz. Tatsächlich gilt dieser Vorzug nur eingeschränkt, kennen doch auch die modernen Gesellschaften den ineffizienten Verschleiß wirtschaftlicher Ressourcen. Im Vergleich zu den realen oder denkbaren Alternativen halten sich diese Ineffizienzen jedoch in - keineswegs deshalb auch schon vertretbaren - Grenzen.

Man wird also kaum auf Märkte und deren Effizienz verzichten wollen, auch nicht zugunsten von »Mehr« an Solidarität in der Gesellschaft. Aber vielleicht hat unser Veranstalter jedoch etwas anderes vor Augen: Vielleicht scheinen ihm die Märkte und deren Effizienz überhand zu nehmen, gleichsam über die ihnen gesellschaftlich zugewiesenen Grenzen hinwegzugehen - und auf fremdem Terrain etwas zu zerstören, was für moderne Gesellschaften unverzichtbar ist, nämlich Solidarität.

Mit dieser Vermutung habe ich mich also an die Vorbereitung des Referats gemacht. Um weder übermäßig in die abstrakten Höhen der Gesellschaftstheorie abheben, noch mich auf das gefährliche Glatteis von Zukunftsprognosen begeben zu müssen, habe ich meine Antwort auf Ihre Frage »Für welche Zukunft arbeiten wir?« durch einen Rückblick vorbereitet:

- Nämlich durch einen Rückblick auf ein wirtschaftspolitisches Ordnungskonzept, das Effizienz und Gerechtigkeit zugleich versprach, nämlich das Konzept der »Sozialen Marktwirtschaft«. An dieses Konzept möchte ich zumindest kurz erinnern.
- *Zweitens* will ich zeigen, wie auf dem Hintergrund dieses wirtschaftspolitischen Konzepts effiziente Marktsteuerung und gesellschaftliche Solidarität in der Bundesrepublik über mehrere Jahrzehnte erfolgreich abgestimmt werden konnten.
- Doch diese Abstimmung war nicht von Dauer: Wir nehmen gegenwärtig teil an einer Krise der »Sozialen Marktwirtschaft«. In dieser Krise formieren sich unterschiedliche Reformprojekte, auf die ich kommentierend reagieren und so die mir gestellte Frage »Effizienz oder Solidarität?« beantworten möchte.

2. Das Konzept der »Sozialen Marktwirtschaft«: effizient und gerecht

Soziale Marktwirtschaft ist nicht die Wirtschaft, sondern ein Konzept für die gesellschaftliche Organisation von Produktion und Verteilung, für die soziale Ordnung der Wirtschaft also:

- Orientierung wirtschaftspolitischer Aktivitäten
- Legitimierung dieser Aktivitäten

Ethischer Anspruch der Sozialen Marktwirtschaft

- »sozial« ▲ Sachverhalt, daß Märkte und deren Verfassung gesellschaftliche Konstruktionen sind, die darüber hinaus dauerhaft der konstruktiven Energie ihrer Gesellschaften brauchen. Konzept der Sozialen Marktwirtschaft ist folglich weniger an die Akteure auf den Märkten, als vielmehr an die Gesellschaftsmitglieder adressiert, die von einer bestimmten gesellschaftlichen Ordnung der Wirtschaft überzeugt werden müssen.

Dazu zwei unterschiedliche Argumente:

- Unter bestimmten Bedingungen überlegene Effizienz von marktförmig verfaßten Wirtschaften;
- unter bestimmten Bedingungen soziale Gerechtigkeit des dabei produzierten Reichtums.

Dabei die Pointe im Konzept der Sozialen Marktwirtschaft:

- Die Bedingungen für Effizienz und Gerechtigkeit von marktförmig verfaßten Wirtschaften sind identisch, wobei allerdings

- diese Bedingungen nicht schon durch die Aktivitäten auf den Märkten gesichert werden, sondern statt dessen diesen Aktivitäten gesellschaftlich vorgegeben werden müssen.

Gleichzeitigkeit von wirtschaftlicher Effizienz und gerechtem sozialen Ausgleich: »Wohlstand für alle« (Ludwig Erhard)

⇒ Ethische Aufladung des Adjektivs »sozial«.

Phasen der Sozialen Marktwirtschaft

Das Konzept der »Soziale Marktwirtschaft« war hinreichend offen, um

- flexibel auf neue wirtschaftspolitische Herausforderungen reagieren zu können, gleichzeitig aber die
- Kontinuität *einer* Wirtschaftsordnung und deren gesellschaftliche Anerkennung zu sichern.

Dabei hatten drei besonders verbreitete Interpretationen der Sozialen Marktwirtschaft jeweils ihre Stunde, d.h. fanden in bestimmten Phasen der Bundesrepublik mehrheitliche Zustimmung:

1. Ursprüngliche Konzeption: Wettbewerb auf den Märkten (bis etwa 1960)

- Einzelwirtschaftliche Aktivitäten auf Märkten müssen primär durch Wettbewerb koordiniert werden. Dann: effiziente Allokation der wirtschaftlich verfügbaren Ressourcen - und im Ergebnis steigender Wohlstand.

Allerdings

- muß der Staat durch geeignete Verfahren verhindern, daß Marktteilnehmer durch Monopol- oder Kartellbildung selbst den Wettbewerb aushebeln.
- Im Gegenzug kann der Staat wohl dosierte Anteile des produzierten Wohlstands für Sozialleistungen beanspruchen, um individuelle Notlagen zu mildern.

2. Ordoliberales Konzept der Sozialen Marktwirtschaft: »bewußt sozial gesteuerte Marktwirtschaft« (bis Ende der 60er Jahre)

- Unterscheidung zwischen Rahmenbedingungen einer Marktwirtschaft und dem Prozeß marktwirtschaftlich koordinierter Aktivitäten.
- Damit Marktwirtschaften die gesellschaftlich erwünschten Ergebnisse erbringen, muß der Staat entsprechende Rahmenbedingungen setzen (Mitbestimmung, Beteiligung am Produktiveigentum, beschäftigungspolitische Maßnahmen, Förderung von Forschung und Bildung, Sozialversicherungen, Wohnungsbauförderung etc.);
- jedoch darf der Staat nicht direkt in den wirtschaftlichen Prozeß eingreifen.

3. Keynesianische Reformulierung: die »aufgeklärte soziale Marktwirtschaft« (Karl Schiller);
Ergänzung der Ordnungspolitik (»Rahmenbedingungen«) durch Prozeßpolitik (»Globalsteuerung«)

- konjunkturpolitische Globalsteuerung durch staatliche Wirtschafts- und Sozialpolitik, begleitet durch eine
- konzertierte Aktion aller Träger der Wirtschaftspolitik.

Hinter all' diesen verschiedenen Phasen der Sozialen Marktwirtschaft steht ein gleichbleibendes Versprechen, nämlich das Versprechen, gleichzeitig Effizienz und Gerechtigkeit der Volkswirtschaft sichern zu können. Wirkmächtig kam dieses Versprechen in der Formel vom »Wohlstand für alle« zum Ausdruck:

- Versprechen der Erhard'schen Wirtschaftspolitik mit hoher legitimatorischer Wirkung;
- wir werden noch sehen: reale Entwicklung;
- dadurch aber auch zunehmend eine bundesdeutsche Verheißung geworden, ein - von vielen auch belächelter - Glaubenssatz der bundesdeutschen Bürgerinnen und Bürger.

Und dieser Glaubenssatz ist erschüttert - und zwar

- durch die wirtschaftliche Entwicklung, in der zwar die effiziente Produktion von Wohlstand gelingt, an dem aber nicht mehr alle beteiligt werden;
- sowie durch das Verhalten der Bundesbürgerinnen und -bürger, die ihren eigenen Wohlstand genießen, dabei aber den fehlenden Wohlstand der anderen übersehen, die sogar ihren eigenen Wohlstand auf Kosten des Wohlstands anderer mehren.

Effizienz der bundesdeutschen Volkswirtschaft scheint gesichert, nicht aber deren Gerechtigkeit. Und in Folge dieser Gerechtigkeitslücke scheint es so, daß die Solidarität der Bundesbürgerinnen und -bürger schleichend versiegt.

3. »Modell Deutschland«

Wie immer man das Ding nennt: Wir leben in einem Kapitalismus oder eben in einer Marktwirtschaft. Doch was heißt das genau? Tatsächlich gibt es nämlich nicht *den* Kapitalismus und nicht *die* Marktwirtschaft. Wir haben es statt dessen immer nur mit besonderen Kapitalismen oder Marktwirtschaften zu tun.

Um zumindest eine gewisse Stabilität des wirtschaftlichen Prozesses zu ermöglichen, stehen Gesellschaften mit einzelwirtschaftlich verfaßten Marktwirtschaften in mindestens zweifacher Hinsicht unter den Erfordernissen der Konsistenz:

- Übereinstimmung der einzelwirtschaftlichen Produktion mit der gesellschaftlichen Nachfrage, die durch die einzelwirtschaftlichen Strategien zwar beeinflusst, nicht aber determiniert werden kann;
- Übereinstimmung der Erfordernisse einzelwirtschaftlicher Kapitalverwertung mit dem gesellschaftlichen Set aus sozialen Institutionen, allgemein anerkannten Normen und Werten sowie stabilen Mustern gesellschaftlicher Praktiken.

Dabei:

- Konsistenz wird weniger gesellschaftlich ausgehandelt, als viel mehr »gefunden«,
- diese »Fundstücke« sind aber kaum dauerhaft, deswegen Krisen und Brüche der besonderen Formen von Kapitalismen bzw. Marktwirtschaften.

Das »Modell Deutschland« ist eine solche konsistente, deswegen aber auch für ungefähr drei Jahrzehnte recht erfolgreiche Form. Mit dem Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft wurden in der jungen Bundesrepublik den Erfordernissen der Konsistenz ausgezeichnet Rechnung getragen.

- Übereinstimmung der »fordistischen Massenproduktion« und der gesellschaftlichen Nachfrage (Massenkonsum).
- Ausweitung der Erwerbsarbeit durch Massenproduktion, die wiederum wesentlich durch einen entsprechenden Massenkonsum ermöglicht wurde;
 - Entwicklungspfad effizienter Produktion: primär Steigerung der Arbeitsproduktivität durch technische und organisatorische Rationalisierung.
 - erste Funktionsbedingung: Expansion der Absatzmärkte, die sowohl durch internes Wachstum der Konsumnachfrage als auch durch die typisch deutsche Exportorientierung in einem mindestens gleichgewichteten Verhältnis zur Produktivitätssteigerung gehalten werden konnte.
 - Zweite Funktionsbedingung: langfristige Produktionserwartungen, langfristige Investitionsentscheidungen, die wiederum möglich waren, weil Finanzwirtschaft unter der Regie der Banken stehen; langfristige Investitionen der Individuen, der Unternehmen sowie des Staates in das Humanvermögen, in die Arbeitskraft.
- »Wohlstand für alle« - Ergebnis wie Voraussetzung dieser Konsistenz von Massenproduktion und Massennachfrage
 - war ein wirtschaftlich funktionaler Sachverhalt, nämlich der Motor für Massenproduktion und -konsum,
 - wie er zugleich durch den »Erfolg« von fordistischer Produktion und Nachfrage ermöglicht wurde, nämlich durch relativ egalitäre Teilhabe an den Wachstumswüchsen.

- ⇒ Gleichursprünglichkeit von Produktion und Verteilung, was politisch in der Gleichwertigkeit von Wirtschafts- und Sozialpolitik anerkannt wurde.
- Übereinstimmung der fordistisch eingestellten Volkswirtschaft mit der sich gleichzeitig ausbildenden Wohlstandsgesellschaft.
 - Erfordernisse von Massenproduktion und -konsum entsprechen *erstens* den gesellschaftlichen Verhältnissen der frühen Bundesrepublik mit ihren relativ ähnlichen Lebenslagen
 - zur Existenzsicherung war die übergroße Mehrheit der Bevölkerung auf Erwerbsarbeit angewiesen,
 - dabei lebte die übergroße Mehrheit in ähnlichen Haushaltskonstellationen, nämlich in Kleinfamilien.
 - *Zweitens* waren die Erfordernisse von Massenproduktion und -konsum normativ abgesichert, soll heißen: entsprachen den gesellschaftlich allgemein geteilten Erwartungen und Ansprüchen an Produktion und Verteilung
 - Verteilung des gesellschaftlich produzierten Wohlstands gemäß der Idee der Leistungsgerechtigkeit, allerdings
 - ein bestimmtes Ideal vom guten Leben: »Dr. Oetker«-Kleinfamilie (Kleinfamilie und geschlechtsspezifische Arbeitsteilung).

Abgefedert durch zwei weitflächige Solidaritätsformen:

- Durch den solidarischen Ausgleich der abhängig Beschäftigten, die ihr gemeinsames Risiko, wegen Krankheit, Arbeitslosigkeit oder Alter kein Einkommen erzielen zu können, gemeinsam absichern.
- Etwas sparsamere Solidarität der zivilen Bürgerinnen und -bürger, die sich wechselseitig zumindest die Möglichkeit menschenwürdigen Lebens zusichern.

Diese Solidaritäten waren einerseits für die fordistische Volkswirtschaft funktional (Streuung des Wohlstands), wie sie andererseits in der fordistischen Volkswirtschaft ihren Untergrund hatten.

Bilanz des »Modell Deutschlands«

Die Erfolgsbilanz der durch das Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft orientierten Entwicklung:

- Entstehen einer Wohlstandsgesellschaft, was heißt: die gesellschaftliche Produktion von Wohlstand und relativ egalitäre Verteilung von Anteilen an den Wohlstandsgewinnen.

Beck's Bild vom Fahrstuhl: Steigerung des Lebensstandards für alle bei konstanten Ungleichheitsstrukturen

- Dieses bundesdeutsche »Wirtschaftswunder« unterfütterte aber auch ein ganz anderes »Wunder«, nämlich die nachholende Demokratisierung der bundesdeutschen Gesellschaft
 - Wohlstand ermöglichte gesellschaftliche Partizipation,
 - befriedete zugleich soziale Konflikte
- ⇒ Demokratisierung »von unten« (ZivilbürgerInnen → DemokratInnen).

Die Kehrseite des »Modells Deutschland«:

- die »äußere Landnahme« (Exportorientierung) - und damit der Raubbau an den wirtschaftlichen Möglichkeiten anderer Gesellschaften;
- der Raubbau an den ökologischen Ressourcen nachfolgender Generationen.

4. Die Krise des »Modells Deutschland«

Bislang: eine - zugegeben aus argumentationstrategischen Gründen von mir- verklärte Erfolgsstory der bundesdeutschen Wirtschaftspolitik. Jedoch: Weder in den wirtschaftstheoretischen noch in den wirtschafts- und sozialpolitischen Debatten wagt heutzutage jemand noch das Versprechen von »Wohlstand für alle« abzugeben.

Was ist passiert, obwohl doch seit Jahrzehnten die immer gleiche Wirtschaftspolitik - wenn auch von unterschiedlichen Parteien mit geringen Akzentverschiebungen - betrieben wird? Weniger die Politiken haben sich geändert, als vielmehr die Bedingungen, unter denen diese Politiken betrieben werden.

- Die harte Krise: Die Voraussetzungen für die Gleichförmigkeit von Produktion und Nachfrage, also des »Wohlstands für alle«, sind zerbrochen.
 - Expansion von Märkten bleibt hinter den erzielten Produktivitätssteigerungen zurück;
- ⇒ mit Produktivitätsfortschritten nimmt zugleich Wachstum und Arbeitslosigkeit zu.
- Die neue Ungeduld der Kapitalverwertung angesichts globaler Finanzmärkte:
 - ⇒ monetäre Strategien der Kapitalverwertung, die sich dabei zunehmend von der Befriedigung der gesellschaftlichen Nachfrage zurückziehen (Entkoppelung des Finanzsektors vom realproduktiven Bereich).

Konsequenz:

- **Verfestigte Massenarbeitslosigkeit.**
 - Wenn auch nicht mehr mit den Wachstumszuwächsen des einstigen »Wirtschaftswunders« gelingt gesellschaftlich die Produktion von Wohlstand; jedoch gelingt dies nicht mehr durch eine Produktion »von allen«.
 - Durch die verfestigte Massenarbeitslosigkeit gelingt zudem nicht mehr die Verteilung des produzierten Wohlstands »auf alle«.
 - ⇒ Doppelter Ausschluß der davon Betroffenen, nämlich aus Produktion und Verteilung des gesellschaftlich verfügbaren Wohlstands.
 - Entkopplung von Wirtschafts- und Sozialpolitik
Finanzierungskrise der sozialstaatlichen Instrumente (Verlust an Einnahmen bei steigenden Ausgaben);
- **Die weiche Krise: Neue ethische Ansprüche an die Wirtschaftsverfassung, die im Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft zumindest noch kein Heimatrecht gefunden haben:**
 - Gleichberechtigung der Frauen in der Produktion wie auch in der Verteilung;
 - ökologische Umsteuerung von Produktion und Konsum.

Ergebnis neuer Solidaritäten (Solidarität der Frauen, Solidarität mit den Nachgeborenen). Jedoch auch »Entsolidarisierungen«, nämlich neue Akzeptanz sozialer Verschiedenheiten und Ungleichheiten:

- **Vervielfältigung von Lebenslagen - und entsprechende Toleranz; aber auch**
- **ohne die sichere Erwartung eines »Wohlstands für alle«: ungeduldige Sicherung jeweils eigener Wohlstandsanteile.**

Das Leitbild der »Sozialen Marktwirtschaft« kann also in beiden Hinsichten nicht mehr - wie einst in den ersten drei Jahrzehnten der Bundesrepublik - die Erfordernisse der Konsistenz herstellen:

- **also weder die einzelwirtschaftliche Produktion von Gütern und Dienstleistungen mit deren gesellschaftliche Nachfrage abstimmen,**
- **noch die Erfordernisse der Kapitalverwertung mit den Erfordernissen der Gesellschaft in Übereinstimmung bringen.**

5. In welche Zukunft geht der Zug?

Mit den immer gleichen Rezepten und den immer gleichen Argumenten wird in der Bundesrepublik seit der deutschen Einigung eine »Standortdebatte« geführt: Mit großem Getöse werden marktradikale Angriffe auf die Institutionen und die Moral der Sozialen Marktwirtschaft gefahren, wenn auch noch häufig im Namen der Sozialen Marktwirtschaft. Ihnen gegenüber formieren sich die Verteidiger des »Sozialen« in der Sozialen Marktwirtschaft, die insbesondere den bundesdeutschen Sozialstaat vor dessen marktradikaler Zerstörung zu retten suchen. Darf ich diese Polarisierung hinter der mir gestellten Frage »Solidarität oder Effizienz« vermuten?

Stehen sich aber tatsächlich marktradikale Gegner und sozialpolitische Befürworter der Sozialen Marktwirtschaft in zwei polarisierten Lagern gegenüber? Ein differenzierteres Bild scheint notwendig:

1. die »große Koalition« mit ihrem Versuch, die Soziale Marktwirtschaft mit ihrer Synthese zwischen Kapitalismus und Sozialdemokratie zu bewahren;
2. die marktradikale Modernisierung;
3. die zivilgesellschaftliche Modernisierung.

Die Bewahrung des sozialdemokratischen Kapitalismus

Projekt: Weiterführung der zentralen Institutionen und Verfahren bundesdeutscher Wirtschafts- und Sozialpolitik:

- Beschäftigung durch lang andauerndes Wachstum
- Bewahrung bzw. Verteidigung der sozialstaatlichen Instrumente

Grund: Bestätigung der über Jahrzehnte bewährten Institutionen und Verfahren der Wirtschafts- und Sozialpolitik;
Widerhall in den gesellschaftlichen Erwartungen der Bevölkerungsmehrheit, u.a. weil diese Wirtschafts- und Sozialpolitik den etablierten Solidaritätsformen entspricht.
(Ironischerweise wird dieses Projekt durch den christ-demokratischen Kanzler symbolisiert.)

Kritik: Übereinstimmung zwischen Erfordernissen der Kapitalakkumulation und denen der Gesellschaft bestehen aber nicht mehr, so daß gleichsam die »Wirtschaft« das Projekt einer Sozialen Marktwirtschaft aushöhlt, nämlich den Wohlstand auf zunehmend weniger EinwohnerInnen beschränkt. Das kann allerdings noch lange Zeit ignoriert werden, weil nur eine gesellschaftliche Minderheit betroffen ist, dagegen die Bevölkerungsmehrheit davon profitiert.
Verallgemeinerung dieses Programms ist nicht realistisch, schon gar nicht in globaler Dimension.

Alternative: Entweder die Fortsetzung der Sozialen Marktwirtschaft in einer unvollständigen Wohlstandsgesellschaft, oder aber Umbau der wirtschafts- und sozialpolitischen Instrumente und entsprechend auch eine Neueinstellung des Leitbildes der Sozialen Marktwirtschaft.

Die marktradikale Modernisierung

Projekt: Nach neo-amerikanischem Vorbild: die Freisetzung der produktiven Kräfte des Marktes, nämlich die Eigeninitiative der wirtschaftlichen Akteure im Wettbewerb um ihre Anteile am gesellschaftlich produzierten Wohlstand.

- Deregulierung: Rückzug des Staates auf ein vermeintliches Normalniveau (äußere und innere Sicherheit sowie Durchsetzung der rechtlichen Voraussetzung marktformiger Koordination).
- Zunahme von sozialer Ungleichheit und Mobilität.
- Auflösung »überzogener« Solidaritäten - und der Aufbruch in eine Konfliktgesellschaft.

Grund: Globalisierung der Volkswirtschaften:
Auf den globalen Märkten herrschen die Gesetze des Marktes, die deshalb volkswirtschaftlich nicht länger ignoriert werden können.

Kritik: Marktradikale Reformvorschläge scheinen m.E. an dieser Herausforderung zu scheitern:

Die Gesellschaft, die ihrer radikalen Marktwirtschaft entsprechen würde, ließe sich nur durch einen massiven Bruch mit der Gesellschaft erreichen, in der wir leben und eine Mehrheit auch leben möchte. Ein Beispiel: Zunahme sozialer Ungleichheit braucht auch die gesellschaftliche Kompetenz, mit einer drastischeren sozialen Ungleichheit umzugehen. Diese Kompetenz haben weder die BürgerInnen der alten Bundesrepublik, noch die der neuen Bundesländer ausbilden können.

Folge: marktradikale Reformvorschläge,

- verbreiten Panik,
- bleiben politisch aber erfolglos, und
- binden die reformpolitische Phantasie auf die Verteidigung des Sozialstaates.

Der zivilgesellschaftliche Umbau der Sozialen Marktwirtschaft

Projekt: Umbau der wirtschafts- und sozialpolitischen Institutionen und Verfahren, um das Zufallsergebnis der bundesdeutschen Entwicklung auch über die

gegenwärtige Krise der Sozialen Marktwirtschaft hinaus zu stabilisieren: die allgemeine Partizipation aller BürgerInnen.

- Egalitäre Grundverteilung mit dem Ziel, die Voraussetzungen gesellschaftlicher Beteiligung für alle zu sichern, dabei auch
- egalitäre Beteiligung aller an der Produktion des dazu notwendigen Reichtums. Gesellschaftlich sollen dazu Staat und Markt als die beiden wirkmächtigen Koordinationsinstrumente sozialen Handelns benutzt und entsprechend auch reguliert werden.

Dieses Reformprojekt sucht gesellschaftlich stark zu machen, was in der Bundesrepublik nachgründend - eher beiläufig - erreicht wurde: die allgemeine Beteiligung mündiger Bürgerinnen und Bürger. Um diese Entwicklung fortzusetzen, müssen zunächst einmal die rechtlichen wie die materiellen Partizipationschancen aller Bürgerinnen und Bürger gesichert werden.

- Die materiellen Bestandsvoraussetzungen allgemeiner Beteiligung zu sichern, heißt also das Erfordernis der Gesellschaft,
- zu dem allerdings die Erfordernisse der Kapitalverwertung noch in Einklang »gebracht« werden müssen.

Dazu nur drei kursorische, wirklich vollkommen unzulängliche Anmerkungen:

- Gleichverteilung der gesellschaftlichen Arbeit,
- Verallgemeinerung der Erwerbsarbeit für alle,
- bei gleichzeitiger Relativierung der Erwerbsarbeit für alle;
- egalitäre Grundverteilung des gesellschaftlichen Reichtums als Notwendigkeit demokratischer Partizipation;
u.a. durch Stärkung der Bedarfsorientierung in den sozialstaatlichen Sicherungssystemen.
- die gesellschaftliche Produktion neu ausrichten:
 - in Richtung einer öko-sozialen Dienstleistungsgesellschaft;
 - Re-Regionalisierung der Volkswirtschaft.

Moralisch anspruchsvolles Programm,

- nimmt nämlich zugleich normative Verbindlichkeiten in Anspruch (wie beim ersten Projekt und im Gegensatz zum zweiten),
- stellt jedoch die überkommenen Verbindlichkeiten (wie das zweite Projekt und im Gegensatz zum ersten) in Frage.

Die beiden herausragenden moralischen Zumutungen:

- Neuverteilung der gesellschaftlich notwendigen bzw. vorhandenen Arbeit,
- Neuverteilung des gesellschaftlich verfügbaren Reichtums.

Der Wohlstandsbevölkerung werden damit Abstriche an Arbeit und Wohlstand zugemutet, ohne daß die Gewinne dieses Verlustes ernsthaft berechnet werden können.

Warum überhaupt eine solche Zumutung auf sich nehmen:

Solidarität unter Demokratinnen und Demokraten, die nur so die Bestandsvoraussetzung ihrer Demokratie sichern können, nämlich die Beteiligungsmöglichkeiten aller Bürgerinnen und Bürger.